

# Pulsnitzer Tageblatt

Bezirksanzeiger

Wochenblatt



Er erscheint an jedem Werktag —  
Im Falle höherer Gewalt — Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0,65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0,55 RM; durch die Post monatlich 2,60 RM frei liegend

Anzeigen-Grundzahlen in RM: Die 42 mm breite Zeitzeile (Moffe's Zeilenmesser 14) RM 0,25, in der Amtshauptmannschaft Kamenz RM 0,20. Amtliche Zeile RM 0,75 und RM 0,60. Reklame RM 0,60. Tabellarischer Satz 50%. Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Kreisnachschlag in Anrechnung. Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Kamenz, des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsgemeinden des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Großröhrsdorf, Bretzig, Hauswalde, Dhorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Nichtenberg, Klein-Dittmannsdorf  
Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2  
Druck und Verlag von E. R. Försters Erben (Joh. F. W. Mohr)  
Schriftleiter: F. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 113

Dienstag, den 18. Mai 1926

78. Jahrgang

## Amtlicher Teil.

Unter dem Klauenviehbestande des Gutsbesizers **Oskar Vogmann in Höckendorf Nr. 44** und des Gutsbesizers **Richard Bergmann in Höckendorf Nr. 57** ist die **Maul- und Klauenseuche ausgebrochen.**

Sperrbezirk: die Seuchengehöfte.

Beobachtungsbiet: der übrige Ort.

Die für diese Fälle erlassenen Bestimmungen sind zu beachten.

**Erloschen ist die Maul- und Klauenseuche** unter dem Viehbestande des Wirtschaftsbesizers **Paul Thomshke in Höckendorf Nr. 3**, des Wirtschaftsbesizers **Ernst Kunath in Höckendorf Nr. 69** und des Wirtschaftsbesizers **Max Richter in Höckendorf Nr. 52.**

Amtshauptmannschaft Kamenz, am 15. Mai 1926.

**Mittwoch, den 19. Mai 1926**, sollen zwangsweise gegen Barzahlung an Ort und Stelle meistbietend öffentlich versteigert werden:

- 1., vormittags 10 Uhr **1 Schreibtisch, 2 Kleiderschränke, 1 goldne Uhr mit Kette, 1 Fahrrad;**
- 2., vormittags 11 Uhr **1 Posten Wohlmut-Apparate, 4 Warenachränke, 1 Badentafel, 2 Korbstühle, 1 kleiner Tisch und zwei kleinere Warenachränke.**

Sammelort der Bieter: Ratskeller Pulsnitz

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts Pulsnitz, am 18. Mai 1926.

## Das Wichtigste

Der Termin für den Volksentscheid ist auf den 20. Juni festgelegt worden.

Am 18. Mai hat die Abrüstungskonferenz begonnen.

In Südeuropa wüteten in den letzten Tagen heftige Unwetter.

Wie die Montagspost aus Athen meldet, hat General Pangalos den General Paraskeopoulos zum Ministerpräsidenten ernannt.

Der neue Ministerpräsident befindet sich augenblicklich in Paris und wird wahrscheinlich am nächsten Freitag nach Athen abreisen, um seinen Posten anzutreten.

In der Nacht zum Sonntag ist bei Klausenberg infolge Ueberhitzung der Kesselanlagen eine Chemische Fabrik in die Luft geflogen.

Unter den Trümmern wurden 42 Arbeiter begraben, von denen sechs den Tod fanden.

Die Amundsen-Expedition ist wohlbehalten in Nome (Alaska) eingetroffen.

## Die Kanzlerschaft Marx.

Durch den Rücktritt des Kabinetts Luther schien uns eine längere Regierungsstille wieder bevorzustehen. Die innerpolitischen Probleme, die zurzeit in der Schwere sind, haben die Parteien wieder in heftigen Streit gegeneinander gebracht. Von einer Einigkeit im Parlament kann heute weniger denn je die Rede sein. Nicht nur die Flaggenverordnung, aus der heraus die Regierungskrise entstand, hat zu den schwersten Konflikten geführt, sondern vielmehr die Frage der Fürstenabfindung, die immer noch einer befriedigenden Lösung harret. In dieser Zeit innerlicher Zerrissenheit und schärfsten Parteihaders hätte eine lange Regierungsstille dem Reiche die schwersten Gefahren gebracht. Der Fragenkomplex, der aber unbedingt und schnell erledigt werden muß, ist zu groß, als daß wir uns heute eine längere Regierungsstille leisten können. Regierungskrisen bedeuten stets Stillstand in der Arbeit der Reichsorgane, und Stillstand bedeutet Rückschritt. Unser Ziel ist aber Wiederaufbau, und der verlangt rüstiges Vorwärtsschreiten und emsiges Arbeiten. Es ist traurig, daß uns Deutschen immer noch nicht das Bewußtsein gekommen ist, daß wir schwer zu schaffen haben, um unsere Weltmachtgeltung wieder zu erringen. Immer wieder mußte dabei betont werden, daß dieses Ziel sich nur erreichen läßt, wenn Einigkeit im Volke besteht. Hat der Parteihader schon jemals Früchte gezeitigt? Ist er schon jemals für die Aufgaben, die ein Volk zu leisten hat, fördernd gewesen?

Der einzige feste Markstein in dem Schwanken der Parteien ist heute die ePrson des Reichspräsidenten. Er kennt keine Partei, für ihn gibt es nur ein Vaterland, das wieder aufzurichten sein höchstes Ziel ist. Reichspräsident von Hindenburg erkannte sofort nach dem Rücktritt Dr. Luthers die schwere Gefahr, die dem Reiche drohte, erkannte sofort, daß eine neue Regierung so schnell wie möglich gebildet werden müsse, auch wenn sie nur eine Zwischenlösung der schweren Krise sein sollte. Aus dieser Erkenntnis heraus schrieb der Reichspräsident den Brief an den Vorsitzenden der Zentrumsfraktion, Dr. Marx, und bat ihn, die Reichskanzlerschaft zu übernehmen. Dr. Marx ist eine bekannte Persönlichkeit seit dem Ende des Krieges. Er hat schon einmal das Reichskanzleramt in Händen gehabt und hat bereits das Staatschiff um manche Klippe gelenkt. Erfahrung fehlt diesem erprobten Parlamentarier zweifellos nicht, und aus dem, was wir bisher von Dr. Marx wissen, können wir hoffen, daß es ihm auch diesmal gelingen wird, die Regierungskrise zu beseitigen. Es hat durchaus den Anschein, als ob

## Dr. Marx Reichskanzler

Die Stellung der Berliner Presse zu Marx — Die Rückkehr zur Ordnung in England — Krisenstimmung in Frankreich

### Die bisherige Reichsregierung bestätigt

♣ Berlin. Der Reichspräsident von Hindenburg hat Dr. Marx zum Reichskanzler offiziell ernannt; gleichzeitig hat er ihn mit der einstweiligen Wahrnehmung der Geschäfte des Justizministers und des Ministers für die besetzten Gebiete beauftragt, weil das Zentrum die Besetzung dieser beiden Posten vorläufig noch auszufehen wünscht. Die Mitglieder der bisherigen Reichsregierung sind wieder in ihren Ämtern bestätigt.

### Vorbereitung der Regierungserklärung.

Das Reichskabinett ist bereits zu einer kurzen Beratung über die Formulierung der Regierungserklärung zusammengetreten. Es hat sich dabei aber als notwendig herausgestellt, daß Dr. Marx im Reichstag nochmals mit den Parteiführern verhandelt, weil für die Außenpolitik der Regierungserklärung, wie auch für die Stellungnahme des neuen Kabinetts zur Flaggenverordnung von den einzelnen Parteien verschiedene Formulierungen gewünscht werden. An der Mehrheit für das Kabinett wird nicht gezweifelt. Man rechnet mit der Unterstützung durch die Sozialdemokraten. Die Deutschnationalen haben ihre Entscheidung noch nicht getroffen.

### Die Aussichten der neuen Regierung.

♣ Berlin. Nachdem der Justizminister Dr. Marx vom Reichspräsidenten von Hindenburg zum Kanzler ernannt worden ist, wird in politischen Kreisen nicht mehr daran gezweifelt, daß ihm nun auch die Bildung der neuen Regierung gelingen wird. Am Bestande des bisherigen Kabinetts wird sich nichts ändern. Lediglich der Vizepräsident des Reichstages, Dr. Bell, wird in die Regierung neu eintreten, um das Justizministerium und das Ministerium für die besetzten Gebiete zu übernehmen. Der neue Reichskanzler Marx behält übrigens den Vorsitz in der Zentrumsparlei und in der Reichstagsfraktion des Zentrums bis auf weiteres bei. Man wird möglichst rasch

### noch vor Pfingsten Abstimmung über das Vertrauensvotum

herbeiführen, wobei wahrscheinlich wieder Stimmenthaltungen großer Parteien eine Rolle spielen werden. Eine Erweiterung der Regierung kommt ohnehin erst nach dem Volksentscheid in Frage, und die Verhandlungen über die Erweiterung der Regierung sollen, wie wir hören, im Laufe des Sommers in Angriff genommen werden. Wenn die politische Lage sich dann — sei es auf Grund des Ergebnisses des Volksentscheides, sei es auf Grund der weiteren außenpolitischen Entwicklung — in der Richtung gestaltet, daß den Deutschnationalen eine veränderte Haltung zur bisherigen Regierung möglich wird, dann würde sowohl für die Deutsche Volkspartei als wahrscheinlich auch für das Zentrum die Möglichkeit eines Zusammenschlusses mit den Deutschnationalen gegeben sei.

### Ernennung eines neuen Reichspressescheffs.

In der Besetzung des Reichspressescheffs wird ebenfalls ein Wechsel vor sich gehen. Noch in dieser Woche wird die Ernennung des Ministerialdirektors Spieler auf diesen Posten erwartet. Der bisherige Reichspressescheff Dr. Luthers, Ministerialdirektor Kiep, dürfte im Auslandsdienst des Auswärtigen Amtes Verwendung finden und wahrscheinlich der Gesandtschaft in Budapest zugeteilt werden. Ministerialdirektor Spieler hat das Amt, zu dem er jetzt berufen wird, bereits einmal unter der Kanzlerschaft Marx bekleidet.

### Die Berliner Presse zum neuen Kabinett Marx.

Berlin, 17. Mai. In eingehenden Besprechungen nimmt die Berliner Presse zu dem neuen Kabinett Marx Stellung. Ueberwiegend wird dem Gedanken Ausdruck gegeben, daß es sich bei dem gegenwärtigen Kabinett nur um eine Uebergangsgovernment handle. Das „Berl. Tageblatt“ weist darauf hin, daß die Wendung spätestens der Volksentscheid bringen werde. Die Konsequenzen aus dieser Volksabstimmung werde nur eine Regierung ziehen können, die fest auf ihren Füßen stehe. Marx möge dann von der verfassungsmäßigen Waffe Gebrauch machen, die er vor zwei Jahren unbenutzt ließ: Die Auflösung des Reichstages. Die „Vossische Zeitung“ erklärt, die Regierung Marx sei ein Uebergangskabinett, dessen wichtigste Aufgabe sei, die Hindernisse für die Verwirklichung der Großen Koalition aus dem Wege zu räumen. Sehr viel weitgehender ist die Stellungnahme des „Vorwärts“, der in der Regierungsumbildung nur eine Aufschiebung der endgültigen Entscheidung zwischen rechts und links sieht. Die Entscheidung stehe jetzt zwischen den Deutschnationalen und den Sozialdemokraten. Sie werde beim Volksentscheid fallen. Der „Börsenkurier“ weist auf das große Vertrauen hin, daß Marx bei den Parteien genießt, weist jedoch auch auf die Notwendigkeit einer gesicherten Regierung der Mehrheit hin. Von den Rechtsblättern wird vielfach auf die außerordentliche Schnelligkeit der Lösung der Kabinettskrise hingewiesen. Die „Tägl. Rundschau“ erklärt jedoch, die gegenwärtige Lösung sei nur eine Notlösung, geboren aus dem unumgänglichen Zustand der Dinge, daß in dieser Zeit außenpolitischer und innenpolitischer schärfster Spannungen das Land ohne Regierung war. Auch die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ betont, daß die Regierung Marx eine ausgesprochene Uebergangs- und Zwischenlösung sei, ein Interregnum mit befristeter Laufzeit. Die Möglichkeit für die in Aussicht genommene Umbildung werde sich vielleicht schon in kurzer Zeit ergeben. Die „Deutsche Tageszeitung“ weist darauf hin, daß das Uebergangskabinett Marx auf der gleichen sachlichen und personellen Grundlage beruhe, wie das gestürzte Kabinett Luther. Diese ausgleichende Krise sei jedoch mehr wie unbefriedigend. Die „Kreuzzeitung“ und die „Deutsche Tageszeitung“ erklären ausdrücklich, daß die Deutschnationalen diesem Kabinett noch mißtrauischer gegenüberständen, wie dem Kabinett Luther. Marx sei durch

